

Konkrete Vorschläge
für den Aufschwung

Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht Reformen

Roland Berger

Deutschland ist, wir alle wissen es, Tabellenletzter beim Wirtschaftswachstum in Europa, aber gleichzeitig Tabellenerster bei den Sozialabgaben. Und nun droht der weitere Abstieg. Damit hat die größte und einst dynamischste Wirtschaft Europas ihre Lokomotivfunktion für Europa und die Welt verloren. Sie ist nicht einmal mehr in der Lage, die Wohlstandserwartungen ihrer eigenen Bürger – Jung wie Alt – zu erfüllen. Dies alles lässt sich an vielen Leistungsindikatoren – gegenüber dem Benchmark USA, dem Einzigen, der einen Vergleich wert ist – klar festmachen.

Entlarvender Vergleich

Aber auch gegenüber dem Rest der EU fällt Deutschland zurück:

Erstens: Zu niedriges Wachstum und größer werdende Wohlstandslücke. In den letzten zehn Jahren ist Deutschlands Wirtschaft nur um 1,7 Prozent pro Jahr gewachsen, weniger als die EU mit 2,1 Prozent und die USA mit 3,4 Prozent per anno. Damit vergrößert sich die Wohlstandslücke zwischen den USA, der EU und Deutschland: In Kaufkraftparitäten gemessen erreichte das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) der Deutschen pro Kopf vor zehn Jahren noch 78 Prozent des amerikanischen, heute liegt es bei nur noch 71 Prozent. Statt Ludwig Erhards Devise „Wohlstand für alle“ weiterhin zu realisieren, sind wir relativ ärmer geworden. Wären wir genauso gewachsen wie die USA, hätte jeder von uns heute 4500 Euro pro Jahr mehr in der Tasche.

Zweitens: Schwindende globale Wettbewerbsfähigkeit. Der deutsche Anteil am Welthandel ging seit 1990 von 12,2 auf nur noch 9,6 Prozent zurück. Der amerikanische wuchs dagegen von 11,5 auf 11,9 Prozent. Die Gründe: Wir sind schwach bei wachstumsstarken High-tech-Exporten und vermarkten global zu wenig der ebenso wachstumsstarken wissensintensiven Dienstleistungen. Der Anteil bei Hochtechnologien im gesamten deutschen Export liegt bei 14,1 Prozent, der der Amerikaner bei fast einem Drittel (31,6 Prozent), und unsere Dienstleistungsexporte wuchsen während des letzten Jahrzehnts um 4,9 Prozent per anno, die der Amerikaner hingegen um 8,4 Prozent jährlich.

Drittens: Niedrige Innovationskraft. In den USA wurden im letzten Jahr 292 Patente pro eine Million Einwohner registriert – in Deutschland nur 234. Anstatt deutsches Know-how (etwa Patente und Lizenzen) weltweit zu verkaufen, hatten wir einen negativen Saldo von 4,1 Milliarden Euro beim Außenhandel mit geistigem Eigentum. Wir importieren mehr Know-how, als wir exportieren! Daher auch Deutschlands relativ schwache Position im Bereich Hightech und Highserve.

Viertens: Negative Beschäftigungsbilanz. 77 Prozent der erwerbsfähigen Amerikaner arbeiten, die Arbeitslosigkeit lag in den USA 2001 bei nur 4,8 Prozent. In Deutschland sind nur 72,2 Prozent der Arbeitsfähigen erwerbstätig, dagegen registrieren wir aber 9,4 Prozent Arbeitslose. Ebenso erschreckend: Fast jeder

zweite von diesen (48,7 Prozent) ist langzeitarbeitslos, bei den Amerikanern sind es dank wirksamerer Anreize zur Aufnahme einer Arbeit nur 6,8 Prozent.

Woher kommt der Rückstand? Der seit Mittersechziger Jahreschleichende, sich heute aber beschleunigende Verlust der globalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist im Wesentlichen in einer falschen Allokation volkswirtschaftlicher Kapital- und Humanressourcen begründet: Wir fokussieren die Allokation unserer Ressourcen auf den Erhalt des Status quo und unseres Besitzstandes – ohne dass wir diesen wirklich absichern können. Unsere Wettbewerber allozieren ihre Ressourcen auf Innovation, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

Hinzu kommen die Belastungen der Wiedervereinigung, die nach jüngsten Berechnungen jährlich etwa 0,3 Prozent Wirtschaftswachstum kosten. Denn jährlich werden 4,5 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung in die neuen Länder transferiert, wovon jedoch gut zwei Drittel in den Konsum und nur ein knappes Drittel in den Aufbau der Infrastruktur und des Kapitalstocks geht. Deshalb stockt der Aufholprozess Ost: Seit 1996 ist das Wirtschaftswachstum dort geringer als in Westdeutschland (im Jahr 2001 war es sogar negativ). Damit verzögert sich das Entstehen einer sich selbst tragenden Wirtschaft Ost immer weiter und birgt die Gefahr einer lang anhaltenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands.

Die strukturellen Schwächen

Hauptgrund für die Wachstums- und Wettbewerbschwäche des Wirtschaftsstandortes Deutschland sind aber nicht die Kosten der Wiedervereinigung, sondern strukturelle Schwächen der Wirtschaft Westdeutschlands, deren Ursachen auf die Mitte der siebziger Jahre zurückgehen. Dabei sind vor allem zehn Input-Indikatoren zu nennen:

Erstens: Der notwendige Strukturwandel von der klassischen Industriegesellschaft zur wissensbasierten Dienstleistungswirtschaft wird künstlich gebremst. Wir subventionieren überholte Wirtschaftszweige mit 1,93 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes (BIP), die USA mit lediglich 0,43 Prozent. Die niedrige Quote an Dienstleistungsbeschäftigung – gleich, ob hochqualifiziert oder einfach –, unser niedriger Weltmarktanteil in Hochtechnologien sowie die hohe Kapitalintensität traditioneller industrieller Produktion sind Hauptgründe für die hohe Beschäftigungsschwelle hier zu Lande: Neue Arbeit entsteht erst ab 2,4 Prozent Wirtschaftswachstum, in den USA dagegen schon bei 0,5 Prozent Wachstum.

Zweitens: Die Staatsquote von 48 Prozent ist zu hoch, das heißt, der Staat verteilt zu viel von dem um, was jeder Einzelne erwirtschaftet. Und der Staat ist noch zu stark in wirtschaftlichen Tätigkeiten, vom Bankwesen über Transport bis hin zu Energie- und Wasserversorgung, engagiert. In den USA beträgt die Staatsquote dagegen nur 29,6 Prozent des BIP. Deshalb sind dort die Potenziale für Innovation, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand höher als in Deutschland.

Drittens: Die Kosten für den Wohlfahrtsstaat sind zu hoch. Sie übersteigen mit 32,1 Prozent des BIP den europäischen Durchschnitt (26,6 Prozent) und erst recht die der USA (19,9 Prozent) deutlich. Die Konsequenz: eine immens hohe Steuer- und vor allem Sozialabgabenlast von 41,3 Prozent der Bruttolöhne. Dadurch verliert der Faktor Arbeit an Wettbewerbsfähigkeit, in der Folge steigt die strukturelle Arbeitslosigkeit seit den siebziger Jahren kontinuierlich an: Betrug sie damals 0,7 Prozent, so liegt sie heute bei gut 8,5 Prozent.

Viertens: Die Überregulierung unseres Arbeitsmarktes verhindert Beschäftigung. Diese Überregulierung nimmt sogar noch zu, obwohl eine wissensbasierte

Hightech- und Dienstleistungswirtschaft das Gegenteil bräuchte – nämlich mehr Flexibilität. Da Unternehmen auf strukturelle Veränderungen und wechselnde Wirtschaftszyklen nicht durch flexible und bezahlbare inhaltliche, zeitliche, finanzielle und vertragliche Anpassungen von Arbeitsverhältnissen reagieren können, verzichten sie lieber ganz auf Einstellungen. Dagegen wächst die Schattenwirtschaft, die heute schon 16,5 Prozent unseres BIP oder 340 Milliarden Euro ausmacht und in der zwischen sieben und zehn Millionen Menschen Arbeit finden, ohne dass sie Steuern zahlen.

Fünftens: Bürokratie und Schutzmechanismen behindern das Wirtschaftswachstum. Es hemmt die Wirtschaft, dass eine einfache Unternehmensgründung, die in England sechs Stunden dauert, in Deutschland sechs Wochen erfordert. Zunftartige Berufsordnungen reglementieren zudem den Zugang zu weiten Teilen des Handwerks, der freien Berufe und der Dienstleistungen. Verschärft wird das Ganze noch durch Anachronismen wie das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, das Ladenschlussgesetz oder komplizierte Arbeitsschutzgesetze und -vorschriften. Dieses Über-Reglement verursacht enorme Bürokratiekosten, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, und behindert innovative Anbieter, die Keimzelle zukünftigen Wachstums.

Sechstens: Deutschland liegt bei der Selbstständigengquote zurück. Selbst nach dem Gründerboom der *New Economy* haben wir in Deutschland nur einen Selbstständiganteil von 10,3 Prozent, in der EU insgesamt sind es dagegen 14,1 Prozent. Jeder Selbstständige schafft hier zu Lande im Durchschnitt drei Arbeitsplätze. Hätten wir eine Selbstständigengquote im EU-Durchschnitt, wären dies beinahe 1,7 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, wir hätten also nahezu Vollbeschäftigung.

Siebtens: Bildungsinvestitionen und Bildungssystem in Deutschland sind

rückständig. Während Frankreich 6,1 Prozent seines BIP und die USA gar 7,2 Prozent in die Bildung und damit die Basis der Zukunft investieren, wenden wir Deutsche nur 4,4 Prozent dafür auf. Für jeden Studenten geben wir kaufkraftbereinigt 9470 Euro aus, die Amerikaner dagegen vier Fünftel mehr, nämlich 17500 Euro. Die USA, Frankreich und Großbritannien fördern systematisch ihre Eliten, Deutschland nicht. Von den 370 Ausbildungsberufen im Dualen System sind nur noch vierzig aktuell, während es für Informatik, Biotechnologie und andere neue Wirtschaftszweige an Ausbildungsberufen fehlt. PISA lässt grüßen!

Achtens: Kapitalinvestitionen und Kapitalproduktivität sind zu gering. Im Jahr 2001 wurden in Deutschland pro Kopf 4240 Euro investiert, in den USA dagegen 7680 Euro. Besonders erschreckend ist der Rückstand bei den Investitionen in die Informationstechnologien: Hier geben die Deutschen nur 1170 Euro pro Kopf aus, die Amerikaner 2080 Euro. Außerdem ist die Kapitalproduktivität in den USA etwa doppelt so hoch wie in Deutschland – weil hier zu Lande überwiegend investiert wurde, um Arbeit durch Kapital zu ersetzen und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Ursache dafür sind die über der Produktivität liegenden Lohnabschlüsse.

Neuntens: Zu wenig Geld geht in Forschung und Entwicklung. Nur noch 2,4 Prozent des BIP wenden wir dafür auf im Vergleich zu 2,8 Prozent in den USA, 3,4 Prozent in Finnland und 3,7 Prozent in Schweden. In absoluten Zahlen ausgedrückt, beträgt der deutsche Innovationsetat 57,8 Milliarden Euro – der amerikanische ist beinahe fünfmal so hoch. Daher werden die Zukunftstechnologien auch weiterhin in vielen Feldern von den USA dominiert.

Zehntens: Die deutschen Kapitalmärkte sind wenig effektiv. Die klassische Finanzierung von Zukunftstechnologien,

das *Venture Capital*, spielt in Deutschland eine nur marginale Rolle: Von den weltweit 142 Milliarden Euro wurden nur 3,5 Prozent in Deutschland investiert – 73,2 Prozent dagegen in den USA und 8,8 Prozent in Großbritannien.

Aber auch die traditionellen börsennotierten Unternehmen in Deutschland haben es schwer. Ihre Marktkapitalisierung erreichte bei uns Ende 2001 gerade 65,0 Prozent des BIP, in den USA beinahe das Doppelte (127,4 Prozent des US-BIP). Die Gründe unter anderem: Neben dem noch vorherrschenden „Herr-im-Haus-Standpunkt“ der meisten deutschen Mittelständler wirkt auch das staatliche Rentensystem. In Deutschland können private Pensionsfonds nur mit fünfzehn Prozent des BIP in den Kapitalmarkt investieren (in den USA dagegen 78 Prozent). Deutsche Unternehmen sind deshalb deutlich stärker durch Übernahmen aus dem Ausland bedroht als umgekehrt, was der Vergleich der Marktkapitalisierung deutscher und amerikanischer Unternehmen deutlich macht: Siemens 60,9 Milliarden Euro – General Electric 452,4 Milliarden Euro, Microsoft 371,7 Milliarden Euro, Deutsche Bank 42,5 Milliarden Euro Citigroup 273,8 Milliarden Euro.

Ein Programm für die Zukunft Deutschlands

Es gibt also klare Gründe für das Abrutschen Deutschlands ins globale Mittelmaß mit negativen Folgen für den Wohlstand unseres Gemeinwesens. Bei diesen Ursachen muss deshalb die Therapie ansetzen, um Deutschland wieder zu einer innovations- und wachstumsstarken Volkswirtschaft mit Vollbeschäftigung und wieder wachsendem Wohlstand für alle werden zu lassen:

Zum einen müssen wir gewohnte Traditionen, Besitzstände, Verhaltensmuster, Institutionen und Organisationsmodelle, aber auch politische und wirtschaft-

liche Entscheidungsprozesse auf den Prüfstand stellen.

Zum anderen müssen wir unsere Kapital- und Humanressourcen anders zu teilen als bisher. Statt den Status quo zu alimentieren, müssen alle Mittel und Kräfte auf die Zukunft konzentriert werden, nämlich auf Ausbildung, Forschung, Entwicklung, Infrastruktur und Investitionen. Das heißt im Einzelnen:

Erstens: Neuausrichtung des Bildungssystems und Anhebung der Bildungsinvestitionen von 4,4 Prozent des BIP auf sieben Prozent, womit immer noch nicht das Niveau anderer OECD-Staaten erreicht wäre. Im Detail: Vorschulausbildung in Kulturfähigkeiten wie Lesen, Rechnen, Sprachen; in Schulen und Universitäten eine Entspezialisierung und Umstrukturierung der Ausbildungsinhalte zugunsten von Kommunikationsfähigkeiten, Internationalität und neuen Technologien; Förderung von Leistungswettbewerb zwischen Ausbildungsinstitutionen und Ausbildern; Einstieg in die Elitenförderung; Entrümpelung und Innovation des dualen Ausbildungssystems; systematische Einführung einer lebenslangen Weiterbildung für alle.

Um das zu erreichen, müssen sich Bund, Länder, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften zu einer Initiative für Wissen zusammentun.

Zweitens: Neustrukturierung und Steigerung der Innovations-Investitionen auf drei Prozent des BIP sowie deren Ausrichtung auf Hochtechnologien, strategische Forschung, Querschnittstechnologien und wissensbasierte Dienstleistungen. Denn nur überlegene Innovationsleistung sichert in Form einer „Innovationsrente“ unseren Wohlstand im weltweiten Wettbewerb. Im Rahmen einer Initiative für Innovation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik müssen zum einen diese Zusatzaufwendungen erbracht und zum anderen der Transfer von der Forschung in die Entwicklung

und von der Entwicklung auf den Markt verbessert werden. Es darf nicht mehr passieren, dass Computer, Faxgerät und Internet zwar in Europa erfunden, aber von Amerikanern in Markterfolge umgesetzt werden.

Drittens: Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels zur wissensbasierten Hightech- und Dienstleistungsgesellschaft unter Nutzung unserer stabilen industriellen Basis zur Stärkung des Wirtschaftswachstums. Dies wird einmal ein Ergebnis der schon genannten Initiative für Wissen sein. Hinzu kommen muss aber die Förderung von Gründern innovativer Technologie- und Dienstleistungsunternehmen durch entsprechende Ausbildungsmaßnahmen, Finanzierungs- und Steuererleichterungen und last but not least durch das Entstehen von branchen- und technologie-spezifischen *Clustern*. Dort kommt es zur Wachstumsdynamik durch Netzwerkbildung von Wissenschaft und Forschung, Unternehmen aller Wertschöpfungsstufen und Größen, Venture-Capital-Geber und unternehmensnahe Dienstleistungen inklusive *Business Angels* und der öffentlichen Verwaltung. Ein diesbezüglich bundesweit angestoßenes Programm, das von den Ländern in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Universitäten umgesetzt wird, kann die gewünschten Effekte erzielen, wie gelungene Initiativen in den USA, Israel und anderen Ländern, aber auch in Deutschland beweisen.

Finanzierung der Maßnahmen

Die ersten drei genannten Maßnahmen des Programmes kosten Geld. Dafür benötigen wir sechs Prozentpunkte des Bruttoinlandsproduktes – wo sie herkommen können, zeigen die nächsten drei Vorschläge.

Viertens: Mehr Markt, weniger Staat durch Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung von Märkten. Das betrifft

(positiv!) die heute noch weitgehend unprivatisierten Märkte für Finanzdienste, Energie, Verkehr, sonstige Infrastrukturdienste sowie über 100 000 öffentliche Unternehmen in Bundes-, Landes- und Kommunaleigentum. Ergebnis wären zum einen eine außergewöhnliche Dynamik durch mehr Innovation, eine Verbildung des Angebots sowie die Ankurbelung des Konsums und damit mehr Wachstum und Beschäftigung.

Zum anderen kämen wir dem Ziel marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik näher: Private Bürger erbringen Wirtschaftsleistungen im Wettbewerb bei freiem Marktzugang als Kunden wie als Unternehmer und finanzieren von ihren Einkünften die staatlichen Hoheitsaufgaben durch Steuern und Abgaben. Der Staat dagegen konzentriert sich auf seine Kernaufgaben, wie innere und äußere Sicherheit, Rechtsstaat, Fiskal-/Finanzpolitik, Sozialpolitik, Wettbewerbspolitik, Kultur-/Bildungs-/Forschungspolitik, Umweltpolitik etc.

Fünftens: Reform der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitssystems. Ziel ist es, die ausufernden Kosten in diesem Bereich zu reduzieren, aber gleichzeitig das kontinentaleuropäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft, zu der eine entsprechende Sozialpolitik gehört, zu bewahren. Auch in Zukunft muss gesellschaftliche Solidarität den Einzelnen gegen existenzielle Risiken absichern und den Verlierern des Strukturwandels helfen, sich in neue Wirtschaftsstrukturen als Beschäftigte einzugliedern. Erforderlich ist jedoch die Konzentration auf Grundleistungen, während Zusatzleistungen der privaten Eigenvorsorge vorbehalten sind. Der Staat gibt dafür den Rahmen vor, reguliert und kontrolliert das Angebot.

Sechstens: Infrastruktur, wo immer sinnvoll und notwendig, privat finanzieren und betreiben. Damit beschleunigen wir den notwendigen Aufbau einer zu-

kunftsfähigen Infrastruktur – denn Zeit ist Geld; Innovationskraft und Produktivität der Wirtschaft sowie Lebensqualität der Bürger wachsen schneller. Gleichzeitig werden öffentliche Haushalte entlastet. Schließlich sorgt der Wettbewerb für eine Verbilligung von Infrastrukturleistungen. Dabei ist entscheidend, dass jeder – durch entsprechende staatliche Regulierung abgesichert – diskriminierungsfreien Zugang zu Infrastrukturleistungen in garantierter Qualität und zu definierten Preisen erhält.

Dadurch allein können die für die Zukunftsinvestitionen notwendigen sechs Prozentpunkte des BIP über die Jahre eingespart werden, ohne dass in unserer Sozialpolitik die berühmt-berüchtigten „amerikanischen Verhältnisse“ eintreten. Gleichzeitig würde unseren Kapitalmärkten eine erhebliche Zusatzliquidität an privaten Ersparnissen zufließen, die sie wettbewerbsfähiger machen würden.

Siebtens: Solide Fiskalpolitik und niedrigere, transparente und gerechte Steuersätze. Der Rückzug des Staates aus Wirtschaftstätigkeiten, die Reform der sozialen Sicherungs- und Gesundheitssysteme, die Privatisierung von Infrastrukturleistungen und der Bürokratieabbau entlasten öffentliche Haushalte so weit, dass sowohl ein Abbau der Staatsschulden wie auch ein Absenken der Steuersätze möglich wird. Die dazu nötige Steuerreform muss transparent und einfach sein.

Dies bedeutet aber, dass der Staat zum Verzicht bereit ist, nämlich darauf, „durch Steuern steuern“ zu wollen. Stattdessen muss er künftig bestrebt sein, die Steuereinnahmen zur Finanzierung seiner staatlichen Kernaufgaben und zur Schuldentilgung zu verwenden.

Achtens: Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Dazu gehören die Öffnung der Flächentarifverträge und die Legalisierung betrieblicher Tarifvereinbarungen, insbesondere in Ostdeutschland. Nötig sind weiter ein libera-

les Kündigungsschutzgesetz, die Abschaffung des Scheinselbstständigkeitsgesetzes, die Liberalisierung befristeter Arbeitnehmerverträge sowie die Entbürokratisierung und finanzielle Entlastung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Schließlich bedarf es der Förderung eines Niedriglohnssektors. Dazu gehört dreierlei: Mindestlöhne, die in Einklang mit der Produktivität der jeweiligen Arbeit stehen; die Reduzierung von Arbeits- und Sozialleistungen, die die Anreize zur Aufnahme von Arbeit vermindern; zusätzliche öffentliche Einkommenshilfen, die für die Betroffenen deren Reintegration in den Arbeitsmarkt fördern.

Neuntens: Abbau von Bürokratie und lähmenden Regulierungen. Basis dessen ist ein Paradigmenwechsel, der – im Gegensatz zum jetzigen Zustand – Risikoübernahme wieder privatisiert, statt Risikofolgen dem Staat anzulasten. In den meisten angelsächsischen Ländern ist dies der Fall – mit Erfolg für die Freiheiten des Bürgers wie für die Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig gilt es, im Rahmen neu verstandener europäischer Subsidiarität dezentrale Entscheidungsstrukturen wieder zu stärken, also effizient zu dezentralisieren. Dies spart Bürokratiekosten und ermöglicht einen echten föderalen Wettbewerb und Finanzausgleich, der zu höherer Wachstumsdynamik bei jenen führt, die schneller und besser handeln.

Zehntens: Ein Aufbauprogramm für Ostdeutschland durch regionale Technologie- und Wachstumszentren statt Förderung nach dem Gießkannenprinzip wie bisher. Zuerst muss der entstandene Dschungel an Förderleistungen für die neuen Bundesländer radikal gelichtet werden. Gleichzeitig ist es notwendig, ein an die lokalen Stärken angepasstes Programm zum Aufbau technologie- und branchenzentrierter Wirtschaftscluster zwischen Bund, ostdeutschen Ländern und Kommunen umzusetzen.

Denn Ostdeutschland wird nicht durch den – ohnehin hoffnungslosen – Wiederaufbau einer *Old Economy* um frühere „industrielle Kerne“ herum saniert werden können, sondern nur durch den Aufbau neuer ökonomischer Strukturen. Die Spill-over-Effekte der prosperierenden Cluster werden dafür sorgen, dass die gesamte Bevölkerung der neuen Bundesländer am Wachstums- und Wohlstandsschub der *Cluster* teilhat. Dieses System selektiver Förderung erfordert Mut, aber es ist das einzige, das Erfolg verspricht.

Ein „deutscher Konvent“ als Umsetzungsmotor

Mit dem genannten Zehn-Punkte-Programm wird Deutschland wieder in die Spitzengruppe der globalen Wirtschaftsnationen vorstoßen. Wie aber lassen sich diese Maßnahmen umsetzen in einer Gesellschaft, die keinem, der die Aufgabe von Besitzständen fordert, eine regierungsfähige Mehrheit ermöglicht? Hier gilt es, an den politischen Entscheidungsprozessen anzusetzen und diese zu reformieren. Eine große Koalition wäre eine Möglichkeit. Aber wird sie den Mut dazu haben? Der Grundgesetz-Artikel 146 könnte einen Ansatz bieten: Er besagt, dass die deutsche Verfassung erneuert werden kann und danach dem Volk zur Entscheidung vorzulegen ist.

Könnte also nicht die nächste Bundesregierung – parallel zum europäischen Verfassungskonvent – einen „deutschen Konvent“ einberufen, bestehend aus den dreißig klügsten Köpfen des Landes, der Vorschläge macht für die Erneuerung unserer politischen Entscheidungsprozesse. Natürlich ist das Grundgesetz von 1948 mit seinen klugen „checks und balances“ zu Stande gekommen, um Weimar und

eine neue Diktatur für alle Zeiten auszuschließen.

Aber ist nach fast sechzig Jahren stabiler Demokratie in Deutschland, nach EU und Globalisierung, nach Veränderungen unserer demografischen Struktur und unseres gesamten technologischen Umfelds, aber auch unseres Wertesystems die Zeit nicht reif, über unsere politischen Entscheidungsprozesse nachzudenken?

Fragen über Fragen drängen sich auf: Brauchen wir notwendigerweise ein Verhältniswahlrecht, das immer nur (Kompromiss-)Koalitionen ermöglicht? Brauchen wir sechzehn Bundesländer? Muss in Deutschland alle drei Monate eine Wahl stattfinden, was zur Folge hat, dass riesige Parteiapparate Machtmonopole halten und permanent Wahlkampf führen – mit dem entsprechenden Geldbedarf? Stimmt die Arbeitsteilung zwischen Bundestag und Bundesrat noch? Ist der Länderfinanzausgleich noch zeitgemäß? Stimmt die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern angesichts der EU noch? Ist es richtig, dass das Wort Soziale Marktwirtschaft in unserem Grundgesetz nicht vorkommt? Wie viel vom Erarbeiteten darf dem Bürger vom Staat genommen werden?

Die Reihe der Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Wir brauchen Antworten – schnell, damit wir nicht noch weitere Plätze im internationalen Vergleich verlieren. Die Empfehlungen des vorgeschlagenen „deutschen Konventes“ könnten binnen weniger Monate vorliegen und würden der Politik – mit Unterstützung der Medien – wieder jene Handlungsmöglichkeiten (und -fähigkeiten) zurückgeben, die wir an ihr so schmerzhaft vermissen. An uns läge es dann, die entsprechend handlungsfähigen Politiker zu wählen.